

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

VU-Finanzpolitik: Eine zu grosse Schaufel verwendet?

Abbau der Reservemittel in wirtschaftlich guten Zeiten – Wie sieht die Zukunft aus? – Einsatz von Fremdmitteln zur Deckung der Ausgaben?

(G.M.) – Die Finanzpolitik, die in den letzten Jahren die Öffnung der Fondreserven dank überraschend gut fließender Einnahmen ermöglichte, geht schwierigen Zeiten entgegen. In einer Zeit der Hochkonjunktur, der Vollbeschäftigung und Auslastung der vorhandenen Kapazitäten sowie der optimistischen Wirtschaftsprognosen für das eben begonnene Jahr legte die Regierung ein Budget vor, das erhebliche Mittel aus den Reserven beansprucht, um einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben zu schaffen. Die Finanzplanung rechnet in drei Jahren bereits mit einem Einsatz von Fremdmitteln – oder mit einem noch weiteren Abbau der Reserven.

Der Landtag setzte gegenüber diesem Budget ein deutliches Zeichen. Die FDP-Fraktion, die schon in den Vorjahren vor einer Scherenbewegung zwischen Einnahmen und Ausgaben gewarnt hatte, verweigerte ihre Zustimmung zum Vorschlag, erneuerte aber gleichzeitig ihre schon während der letztjährigen Budgetdebatte abgegebenen Forderungen nach einer Finanzpolitik, die eine weitere Öffnung statt einen Abbau der Reserven ermöglichen sollte. Entgegen den Vorhaltungen aus der VU-Fraktion und von Sei-

ten des Finanzministers, die FDP-Fraktion habe bisher keine Vorschläge zur Verbesserung der Finanzsituation unterbreitet, liegen aus den vergangenen zehn Jahren verschiedene, praktisch jährlich wiederholte Warnungen vor zu grossen Ausgabensteigerungen vor.

«Unverantwortliche Finanzpolitik»

Die VU hat in der Vergangenheit ein Doppelspiel in der Finanzpolitik betrieben. Einerseits wurde an die Sparsamkeit appelliert, doch bei jeder Gelegenheit noch mehr Geld ausgeschüttet. Eine Reihe von Vorstössen im Landtag weisen darauf hin, dass die VU-Fraktion immer noch ein bisschen mehr forderte, als vorgeschlagen wurde, was sich inzwischen zu einer stattlichen Summe zusammenlapperte. Ein besonderes gutes Beispiel stellt die Haltung der VU zur FDP-Steuerinitiative dar, die 1987 zur Entlastung der kleinen Familienbudgets eingebracht worden war. Aus finanzpolitischer Sicht lehnt die VU diese Vorschläge ab, was sie aber nicht hinderte, deutlich weitergehende Abzugsmöglichkeiten durchzusetzen, die letztlich deutlich höhere Kosten bzw. Mindereinnahmen für Staat und Gemeinden ergaben. Damals erklärte Re-

gierungschef Hans Brunhart auch im Landtag: «Ich stehe dafür ein und werde mich auch weiter dafür einsetzen, dass auch der Staat eine gesunde Reservenbildung erreichen kann, dass nicht jeder Franken, der am Ende eines Rechnungsjahres übrig bleibt, gleich verteilt wird. Das Land Liechtenstein hat heute Reserven in Höhe von knapp einem halben Jahresbudget. Ich persönlich würde eine Reserve von einem Jahresbudget absolut nicht als übertrieben betrachten. Ich würde im Gegenteil eine Finanzpolitik, die eine Reservenbildung in solchen Zeiten, wie wir sie jetzt haben, verunmöglicht, für unverantwortlich halten.» 1987 also diese Worte, Ende 1988 ein Budget, das in nicht schlechteren Zeiten den Einsatz von Reservemitteln in Höhe von rund 30 Millionen Franken vorsieht?

Wie sieht es in schlechten Zeiten aus?

Die Frage, die der Regierungschef zum damaligen Zeitpunkt in den Raum stellte, wird heute zu Recht von der FDP-Fraktion ebenfalls gestellt. Er würde es für eine nicht verantwortungsvolle Finanzpolitik halten, erklärte er damals, wenn der Staat in der heutigen guten Wirtschaftslage «Defizite produzieren» würde: «Ich

frage mich, wie denn unsere Finanzpolitik in schlechten Zeiten aussehen würde?»

In der Tat sieht die Finanzplanung bereits zu Beginn der neunziger Jahre einen weiteren erheblichen Abbau der Reserven und den Einsatz von Fremdmitteln vor. Was aber, wenn sich verschiedene Steuerarten als Reaktion auf die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes 1992 zurückbilden würden, wenn die Wirtschaft von rezessiven Tendenzen erfasst wird?

Wenn die aus dem Ausland stammenden oder aus dem Ausland beeinflussten Steuererträge geringer werden, bleibt letztlich nur der Rückgriff auf die Geldtasse der Bürgerinnen und Bürger im Inland. Das neue Steuergesetz, das nach den Beteuerungen der Regierung nicht zu Steuererhöhungen führen soll, wird dann als Instrument für zusätzliche Einnahmen herhalten müssen. Immer vorausgesetzt, die jetzige Finanzpolitik wird weitergeführt, die gekennzeichnet ist von einer starken Ausgabenentwicklung und einer deutlich schwächeren Zuwachsrate auf der Einnahmenseite – und dem Abbau von Reserven.

KOMMENTAR

«Mut zur Zukunft» hat die VU als Motto für ihr Neujahrstreffen am Drei-Königs-Tag gewählt. Besonders originell erscheint dieses Motto nicht, auch nicht neu. Denn welche politische Partei hat sich nicht schon für die Bewältigung der Zukunft ausgesprochen? Und dennoch kann dem Slogan in der heutigen Situation eine gewisse Aktualität nicht abgesprochen werden, vor allem weil er mehr nach Beschwörung als nach Programm tönt. Die VU als Mehrheitspartei ist in der zweiten Hälfte der laufenden Legislaturperiode zunehmend in Bedrängnis geraten, die Schwierigkeiten nehmen zu, die hinausgeschobenen Wahlversprechen verlangen nach Einlösung, die Verteilung stösst an die Grenzen des Machbaren.

Für die VU-Finanzpolitik steht die Glaubwürdigkeit auf dem Spiel, wenn sie einerseits von guter Finanzpolitik und weitsichtigem Finanzgebaren spricht, auf der anderen Seite jedoch in wirtschaftlicher Hochkonjunktur die Reserven abzubauen, längerfristig aufzubrauchen begehrt. Die Ernsthaftigkeit ihrer Bemühungen um einen ausgeglichenen Staatshaushalt wird durch die stereotype Handlungswei-

Mut zur Zukunft?

se, auf Forderungen der Opposition jeweils noch ein Stück zuzulegen. Nach jahrelangen Versprechungen wurde die Steuerreform vor kurzem endlich vorgelegt, was die VU-Fraktion im Landtag aber nicht hinderte, auf alle FDP-Vorschläge vorher noch ihren wahlaktischen «Zustupf» draufzulegen. Hinterher, wenn die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben sich im Budget 1989 erneut weiter öffnet, wird der FDP-Fraktion die Schuld in die Schuhe geschoben. Die Frage, wer denn die Mehrheit im Landtag habe, um Steuervergünstigungen durchzusetzen, erklang leider bislang zu wenig laut.

Die Glaubwürdigkeit der VU steht aber auch im Zusammenhang mit der «Affäre Staatsgerichtshof» auf dem Spiel. Mit allen Mitteln, letztlich jeweils mit ihrer Stimmenmehrheit im Parlament, verhinderte sie eine staatspolitische tragbare Lösung des Problems, das die Grundfesten unseres Rechtsstaates erschütterte. Und nun weigerte sich die VU-Fraktion im Landtag, eine Untersuchungskommission einzusetzen, welche die Hintergründe um ein etwas undurchsichtiges Spiel aufleuchten sollte. Offenbar ist der VU derzeit nicht daran gelegen, dass die «Affäre Staatsgerichtshof» wieder an die Öffentlichkeit gelangt, obwohl immer mehr Bürgerinnen und Bürger mit Recht verlangen, dass endlich Tatsachen festgestellt, nicht nur Interpretationen befängener Kreise geliefert werden.

Mit «Mut zur Zukunft» ist die VU auf einem unbefangenen Gebiete in die Offensive gegangen, was zweifellos ein verdienstvolles Unterfangen darstellt. Doch das «Europa von morgen» besteht nicht nur aus High-Technologie, sondern die Väter des Binnenmarktes 1992 haben auch an eine offene Wirtschaftsgemeinschaft gedacht. Auf diese veränderten Umstände würde es gelten, sich ebenfalls einzustellen, seine Position zu klären, seine Vorstellungen zu definieren. Doch in diesem Bereich ist wenig geschehen, die jetzt dringend notwendigen Vorarbeiten sind noch nicht vorhanden. Es macht den Eindruck, als ob für unser Land der «Europäische Binnenmarkt 1992» erst vor einem halben Jahr publik geworden wäre. (G.M.)

Panikmache statt Information

Gezielte Desinformation über Sondermülldeponie im Unterland

(G.M.) – Die Entsorgung von Sonderabfällen stösst überall auf Skepsis bis Ablehnung. Immer dann, wenn ein möglicher Standort für eine Sonderabfalldeponie zur Diskussion steht, sind Gegner sofort zur Stelle. Die VU-Ortsgruppe Eschen-Nendeln hat es vor kurzem verstanden, bevor konkrete Vorstellungen vorlagen, bereits zur Panikmache beizutragen. Dass die Abfallentsorgung eine nationale Aufgabe darstellt, die kein enges Ortsdenken mehr zulässt, ist offenbar noch nicht zu dieser Gruppierung vorgestossen.

Zur Diskussion stand die Planung einer Sondermülldeponie «Schwabbrünnen» im Ortsgebiet Eschen-Nendeln, als eine der Varianten für die Ablagerung von Sonderabfällen. Gemäss Abfallgesetz sind die Abfälle «gesondert nach Abfallarten zu entsorgen, d.h. zu bewirtschaften und zu verwerten, unschädlich zu machen oder zu beseitigen.» Dass vor einer endgültigen Beschlussfassung über den Standort einer solchen Deponie alle möglichen Varianten geprüft und abgewogen werden, versteht sich von selbst. Doch wird es kaum mehr in Frage kommen, dass Sonderabfälle einfach ins Ausland verfrachtet werden, denn wer Abfälle verursacht, ist auch für deren Beseitigung verantwortlich.

Die «Bedenken» aus Nendeln anhand der unsachlichen Berichterstattung im «Liechtensteiner Vaterland» haben in-

zwischen sowohl die Gemeinde Schaan als auch der Leiter des Amtes für Gewässerschutz, Theo Kindle, zerstreut. Zurückgeblieben dürfte aber zweifellos ein Rest an Skepsis sein, wenn eine parteipolitische Gruppierung in grosser Aufmachung in Panik macht. Die VU hat bereits bei der Behandlung des Abfallgesetzes im Landtag eine sonderbare Rolle gespielt. Auf ihren Antrag wurde im Gesetz der Satz aufgenommen: «Keine Gemeinde kann gezwungen werden, auf ihrem Gebiete die Abfälle der übrigen Gemeinden länger als 10 Jahre aufzunehmen.» Mit Mehrheitsbeschluss natürlich. Dies stellt ein Handikap für die Abfallentsorgung dar – und nun noch die Panikmache einer VU-Ortspartei.

Im Innern der heutigen Ausgabe lesen Sie die Stellungnahme des Gewässerschutzamtes.

Neue Rheinbrückenvariante

Autobahn Schweiz – Österreich soll Tatsache werden

St.Gallen (spk) Für die zukünftige Autobahnverbindung Schweiz – Österreich wird der Rhein sowohl untertunnelt als auch überbrückt: Vorarlbergs Landeshauptmann Martin Purtscher konnte sich mit Wirtschaftsminister Robert Graf in Wien auf eine 80 Mio Franken teure Kompromisslösung der S18 einigen, die allerdings das Schweizer Ried in der St.Galler Gemeinde Au stärker als frühere Varianten tangiert.

Für die beim N13-Anschluss St. Margrethen geplante und 90 Mio Franken teure Autobahnverbindung Schweiz – Österreich wurden in 23 Jahren über zwanzig Varianten erfunden, während die Bevölkerung entlang der überlasteten Durchgangsstrassen unter dem Verkehr leidet. Purtscher ist aber «allen politischen Scharmützeln zum Trotz optimistisch», dass die nur 5,5 Kilometer lange

S18 bis ins Jahr 1996 fertiggestellt werden kann.

Schon in den 60er-Jahren vereinbarten die Schweiz und Österreich, ihre parallel zum Rhein geführten Autobahnen (N13 und A14) miteinander zu verbinden. Nahtstelle dieses zwischenstaatlichen Werkes von Lauterach bis Höchst soll ein Gemeinschaftszollamt bei Bruggerhorn, den Schweizer Anschluss das bestehende Stumpfenstück der N13 bei St. Margrethen/Brugg bilden. Auf der Landkarte (Hallwag Ausgabe 1986) besteht die Autobahn-Spange schon seit Jahren, nun sollen endlich die Bagger auffahren.

Der nun beschlossene Kompromiss ist eine Kombination zwischen Brücke und Tunnel: Die Brücke wird insgesamt 308 Meter lang sein, die sogenannte Unterflurstrasse 640 Meter.

15. Sechstagesieg für Roman Hermann

123 000 Zuschauer sahen das 25. Sixjourns in Bremen

Im 180. Profi-Sechstagerennen feierte Roman Hermann bei dem in der Nacht auf gestern zu Ende gegangenen 25. Sixjourns in Bremen seinen 15. Sieg. Zusammen mit seinem 23jährigen Partner Andreas Kappes distanzierte der in zwei Monaten 36 Jahre alt werdende Schaaner Ilegems/Günther (B/D) und Clark/Freuler (Aus/Sz) um eine Bahnlänge.

Das von der Rekordzahl von 123 000 Zuschauern besuchte Jubiläums-Sechstagerennen in der Stadthalle der Hansestadt, bei welchem nota bene ein Umsatz von rund 8 Millionen Franken erwirtschaftet wurde, sah mit Hermann/Kappes ein «logisches» Siegerpaar. Das liechtensteinisch-deutsche Duo, das in Bremen zum sechsten Mal zusammenspannte und in dieser Saison in Dortmund sowie München bereits auf den 3. Rang und zuletzt in Köln gar auf den Ehrenplatz kam, übernahm in der 1. Nacht die Führung und erwies sich in den folgenden Nächten als konstantestes Team. Für den in Freiburg lebenden und aus Bremen stammenden Andy Kappes war es in seinem 9. Profi-Sixjourns der erste Sieg.

Jetzt mit Rolf Gözl in Stuttgart

Bereits morgen beginnt in der Stuttgarter Schleyer-Sporthalle das zweitletzte Sechstagerennen dieser Saison. Bei seinem vorletzten Start bildet Roman Hermann mit dem 26jährigen Rolf Gözl ein attraktives Spitzenpaar. Beim Saisonabschluss in Kopenhagen verrichtet er dann

mit Olympiasieger und Ex-Amateurweltmeister Dan Frost (Dä) nochmals «Taxidienste». (Ausführlicher Bericht im Sportteil dieser Ausgabe).



Roman Hermann und Andreas Kappes, die hier vom Bremer Bürgermeister Klaus Wedemeier applaudiert werden, gewannen in der Nacht auf gestern das 25. Profi-Sechstagerennen in Bremen. (AP-Laserphoto)

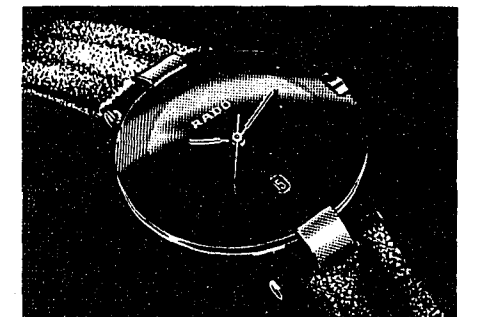
Kopp-Immunität soll aufgehoben werden

Bern (spk) Die Immunität von Bundesrätin Elisabeth Kopp soll aufgehoben werden. Der ausserordentliche Bundesanwalt Hans Hungerbühler wird in den nächsten Tagen den Präsidenten der eidg. Räte ein entsprechendes Gesuch zustellen. Wie Hungerbühler am Mittwoch vor der Bundeshauspresse erklärte, ergaben seine Untersuchungen zu den Indiskretionen aus dem EJPD im Fall der Shakarchi Trading den «hinreichenden und dringenden Verdacht», dass Bundesrätin Elisabeth Kopp und zwei ihrer Mitarbeiterinnen vorsätzlich das Amtsgeheimnis verletzt haben. Auf Amtsgeheimnisverletzung besteht eine Strafandrohung zwischen 3 Tagen und 3 Jahren Gefängnis oder Busse.

Ölangebot 1988 auf Höchststand

Paris (spk/dpa) Das weltweit Angebot an Erdöl ist 1988 so gross gewesen wie seit 1979 nicht mehr. Die Angebotsmenge belief sich auf 50,4 Mio Barrel (zu 159 Liter) pro Tag, erklärte die Internationale Energieagentur (IEA) am Mittwoch in Paris in ihrem jüngsten Ölmarktbericht.

1987 hatte sie 48,4 Mio Barrel pro Tag betragen. Im letzten Quartal 1988 erreichte das Ölangebot mit 52,9 Mio Barrel pro Tag den absolut höchsten Stand in diesem Jahrzehnt.



Eine Uhr wie aus einer anderen Welt.

Die neue «La Coupole». Eine echte Rado. Innovativ. Eigenwillig. Unverkennbar. Mit kratzfestem, kuppelförmigem Saphirglas. Fr. 650.-

huber

schmuck · uhren · juwelen
Städtle 34 und Rathausplatz
9490 Vaduz/Liechtenstein

LEICHTER MEHR LEISTEN

FILEN OFFICE

Modern Office AG
im BIS-Center
FL-9485 Tressen
Tel. 075/2 05 05